

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

VDSF LV Berlin-Brandenburg e.V.

Malte Frerichs
Präsident

Hugo-Cassirer-Str. 46
13587 Berlin

Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0
Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

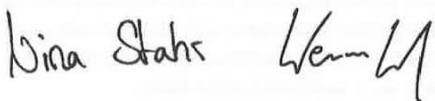
Berlin, 26. Juli 2021

Wahlprüfsteine VDSF LV Berlin-Brandenburg e.V.

Sehr geehrter Herr Frerichs,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

GRÜNE Antworten: WPS VDSF LV Berlin-Brandenburg e.V.

1. EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL)

Welche konkreten Maßnahmen zur Durchgängigkeit der Fließgewässer (Umsetzung der WRRL) im Land Berlin planen Sie in der kommenden Legislaturperiode umzusetzen? Oder sehen Sie die Ziele der WRRL als zu ambitioniert an?

Es braucht mehr finanzielle Ressourcen und eine bessere Personalausstattung in der Verwaltung. Diese müssen wir aufbauen, denn die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie muss schneller vorangehen. Für die Bereitstellung der nötigen Mittel werden wir in der nächsten Legislaturperiode kämpfen, damit wir den guten ökologischen Zustand der Berliner Gewässer erreichen können. Als zentrales Vorhaben werden wir die Renaturierung der Wuhle vorantreiben. Aber wir wollen auch, dass in ganz Berlin so viele Gewässer wie möglich der Naherholung dienen können. Wir wollen ein Wasserentnahmeentgelt prüfen, das bei der Nutzung von Flusswasser zur Kühlung von fossilen Kraftwerken gezahlt werden muss. Mit dem fortschreitenden Klimawandel steigt der Nutzungsdruck auf die Berliner Gewässer und es entstehen immer mehr Zielkonflikte, die wir in Zukunft besser angehen müssen. Aktuell erarbeitet die Umweltsenatsverwaltung den Masterplan Wasser. Dieser wird der Stadt helfen, auch durch Beteiligung, die Anforderungen an unsere Gewässer abzuwägen und einen besseren Umgang mit den Berliner Gewässern zu erreichen.

2. Landesfischereiordnung (LFischO)

Die Änderungsvorschläge in den Beteiligungsverfahren zur Novellierung der Landesfischereiordnung sind bekanntlich für die Senatsverwaltung nicht bindend. Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die Interessen der Fischerei gewahrt bleiben und keine „Landesfischereiverhinderungsverordnung“ resultiert?

Wie Sie in Ihrer Frage schreiben, wird die neue Landesfischereiordnung das Resultat eines Beteiligungsverfahrens sein. Aus unserer Sicht müssen selbstverständlich auch die Naturschutzverbände überall dort beteiligt werden, wo es um die vielfältigen Berliner Gewässer geht. Der Schutz der Berliner Stadtnatur wird besser, wenn die Politik das vorhandene Wissen und den Schatz an Detailwissen über die Gewässer Berlins berücksichtigt.

Natürlich müssen Angeln und Fischerei weiter möglich sein, aber sie müssen sich einfügen – im eigenen Interesse. Die gemeinsamen Beratungen der Gesetzesnovelle mit den Naturschutzverbänden sollte daher nicht als Gegeneinander verstanden werden. Gerade im Bereich Wasser sind intakte Ökosysteme für alle von eminenter Bedeutung.

3. Landesfischereibeirat

Wie sehen Sie das Gremium „Landesfischereibeirat“, das seit über einem Jahr nicht mehr einberufen wurde?

Der Landesfischereibeirat hat nach unseren Informationen am 18.10.2020 zuletzt getagt. Das Protokoll liegt vor. Generell halten wir Beiräte zur Beteiligung von Zivilgesellschaft und Fachleuten und zur Interessenvertretung für wichtige und gute Instrumente. Wir unterstützen ihre Arbeit in allen Bereichen, also auch bezirkliche Beiräte, Fachbeiräte etc.

Aus unserer Sicht sollten die mit Fischerei und Angeln Befassten noch viel intensiver eingebunden werden, denn sie wissen im Detail, wie es um die Berliner Gewässer steht. Die Berliner Gewässer sind sehr heterogen und im Wandel begriffen. Eine gute Pflege ist nur unter Einbeziehung derer möglich, die regelmäßig am und im Wasser unterwegs sind.

4. Mischwasserkanalisation/Nährstoffeinträge

Wie werden Sie Druck auf das landeseigene Unternehmen Berliner Wasserbetriebe ausüben, die Nährstoffeinträge in die Berliner Gewässer vor allem über die Mischwasserkanalisation zu verringern?

Unsere Kanalisation ist nicht fit für den Klimawandel. Das wurde in den letzten Jahren immer deutlicher und das gehen wir an. Deswegen wollen wir Berlin zur Schwammstadt umbauen. Das Wasser nach Starkregenereignissen ist nicht nur zu schmutzig für die Spree, es ist auch zu kostbar, um es einfach in den Fluss zu leiten. Mit dem „1.000 Grüne Dächer“-Programm und dem ambitioniertem Ziel einer 1%-Abkopplung pro Jahr wurde auf grüne Initiative hin der Anfang gemacht. In der nächsten Legislatur wollen wir mehr Dächer und auch Fassaden begrünen, um Starkregen abzupuffern und Wasser besser in der Stadt zu halten. Daneben spielt aber auch Entsiegelung eine große Rolle. Wir planen ein Entsiegelungsprogramm mit jährlichen Zielmarken. Für das Jahr 2030 streben wir eine Nettonull für die Versiegelung in Berlin an. Dabei halten wir es aus Gründen der Umweltgerechtigkeit für wichtig, dort zu entsiegeln, wo Grünflächen fehlen. Bepflanzte Versickerungsflächen sollen die Umgebung an Hitzetagen kühlen. Dabei sollen auch „Kühle Meilen“ helfen. Sie sollen mit entsiegelten und bepflanzten Flächen, Sitzmöglichkeiten, Trinkwasserbrunnen und Regenbeeten zu einem angenehmen Stadtklima und erhöhter Lebensqualität beitragen. Neue Plätze und Straßen wollen wir mit versickerungsfähigem Belag ausstatten, während Beton als Baustoff für Straßen so weit wie möglich vermieden werden soll.

5. Naturschutzgebiete: Angelverbot vs. Erlaubnis für Berufsfischerei?

Wie stehen Sie zu dem Widerspruch, dass in Naturschutzgebietsverordnungen oft die Ausübung der Berufsfischerei erlaubt ist, die Angelfischerei, die eine wesentlich selektivere Entnahme von Fischen darstellt, jedoch verboten ist?

Fische sind schmerz- und leidensfähige Lebewesen und daher sollte immer aus einem vernünftigen Grund, wie bspw. der Erfüllung der Hegepflicht, das Angeln durchgeführt werden. Angeln als Sportbeschäftigung oder nur zum Spaß sehen wir kritisch. Besonders die tierschutzwidrige catch&release Praktik sowie die Hälterung über einen langen Zeitraum lehnen wir ab. Es mag sein, dass einzelne Angler*innen möglicherweise in der Lage sind selektiver Fische zu entnehmen. Jedoch bedeuten mehr Angler*innen in einem Naturschutzgebiet auch mehr Fremdeinflüsse. Die Ausübung der Berufsfischerei wie sie in Naturschutzgebietsverordnungen festgeschrieben ist, ist daher aus unserer Sicht gerechtfertigt.

6. SPAN-Grundstücke und Castingsport

Der Druck auf Flächen im Land Berlin nimmt immer mehr zu. Wie steht Ihre Partei zu der Nutzung von SPAN-Geländen durch Angelvereine und wie sichern sie die Nutzungsmöglichkeiten von anderen Sportgeländen?

Selbstverständlich darf der Bedarf an Wohnflächen einer wachsenden Stadt nicht zu Lasten anderweitiger wichtiger Flächen wie zum Beispiel Sportflächen gehen. In der vergangenen Legislaturperiode sind mehr Sportanlagen (überwiegend Schulsporthallen, die auch für den außerschulischen Sport nutzbar sind) entstanden, als durch die Umnutzung aufgegeben wurden. Unsere Partei möchte, dass die vorhandenen Sportanlagen optimal ausgelastet werden und in diesem Zusammenhang eine transparente Sportstättenvergabe, welche die Nutzungszeiten optimiert und allen Sportler*innen, Vereinen und Clubs die Möglichkeit gibt ihren Sport auszuüben. Perspektivisch ist es dazu noch stärker notwendig, Sport bei der Stadtplanung zu berücksichtigen und die entsprechende Infrastruktur zu entwickeln. In der Sportentwicklungsplanung der Bezirke wird zudem untersucht, welche kaum oder ungenutzten Flächen für den Sportbetrieb hergerichtet werden können.

7. Lobbyismus/Transparenz

Wie steht ihre Partei zu einem Transparenzregister, in dem Mitgliedschaften in Vereinigungen von Abgeordneten und Angestellten in leitender Funktion in Behörden aufgelistet werden und wie könnte dieses aus Ihrer Sicht ggf. aussehen?

Im Berliner Abgeordnetenhaus wird ein Lobbyregister eingerichtet, das öffentlich zugänglich ist und Gesetzgebungsverfahren transparent macht, wer an der Erarbeitung beteiligt war bzw. versucht hat, darauf Einfluss zu nehmen (legislativer Fußabdruck). Eintragungspflichtig sind schriftliche oder elektronische Äußerungen zu Gesetzentwürfen von juristischen Personen sowie von natürlichen Personen, die geschäftsmäßig in fremden Angelegenheiten tätig sind. Sie werden verpflichtet, sich ins Lobbyregister einzutragen und anzugeben, welche inhaltlichen Beiträge konkret geleistet wurden. Dies betrifft insbesondere Gutachten und Stellungnahmen, mit denen gegenüber Abgeordneten, Fraktionen des Abgeordnetenhauses, Ausschüssen des Abgeordnetenhauses, der Präsidentin oder dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, dem Senat, einer Senatsverwaltung oder ihr nachgeordneten Behörden auf ein Gesetzgebungsverfahren Einfluss genommen werden soll.

Eine bloße Meinungsäußerung beispielsweise in den sozialen Medien oder durch Massen-Mails reicht nicht aus. Bürgerinnen und Bürger können sich weiterhin uneingeschränkt an die Abgeordneten wenden, ohne dass die Kontaktaufnahme ins Lobbyregister eingetragen wird.

8. Angelfischerei im Koalitionsvertrag

Wenn ihre Partei an einer zukünftigen Regierung beteiligt ist, würden sie das Thema Freizeitfischerei in einen Koalitionsvertrag einbringen? Wenn ja, in welcher Form?

Wir nehmen unseren Wähler*innenauftrag sehr ernst. Neben vielen entscheidenden Zukunftsthemen treten wir im Wahlkampf ebenfalls für starken Tierschutz in Berlin an. Sollte es zu einer Grünen Koalitionsbeteiligung kommen, werden wir Tierschutz in einem Vertrag mit Sicherheit wieder festschreiben. Wenn Sie uns diesbezüglich mit Hinweisen dienlich sein möchten, zögern Sie bitte nicht uns diese gerne zuzuschicken.

9. Anglerinnen und Angler in Ihrer Partei (Bonusfrage)

Die Regierung soll einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen. Laut Allensbacher-Umfrage zu den beliebtesten Sportarten Deutschlands haben 2020 knapp 8% angegeben, dass sie angeln. Nennen Sie uns die aktuelle Anzahl an Anglerinnen und Anglern in Ihrer Fraktion?

Darüber liegen keine Informationen vor, da wir dies in unserer Fraktion nicht abfragen. Sie können sich jedoch über die Mitgliedschaften von Abgeordneten auf der Homepage des Berliner Abgeordnetenhauses informieren.

https://www.parlament-berlin.de/de/Das-Parlament/Abgeordnete/Suche-nach-Fraktionen?open&ref=98SM2F321DEVS#anc_gr%C3%BCne